

## **Bekanntmachung**

Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur  
des Landes Schleswig-Holstein - Amt für Planfeststellung Energie -

**Veröffentlichung des Beschlusses in dem Planfeststellungsverfahren nach  
§§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) Neubau und Betrieb  
der 600-kV-DC Leitung BorWin kappa- Büttel des Netzanbindungsprojektes  
BorWin6 für den Bereich der 12-sm-Grenze bis zum Umspannwerk (UW) Büttel  
- Abschnitt Landtrasse -**

### **I.**

**Mit Planfeststellungsbeschluss vom 17.02.2025** (Az.: AfPE L- 667 -PFV 600-kV-HGÜ-Ltg Borwin6 Landtrasse) **hat das** Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (MEKUN) des Landes Schleswig-Holstein - **Amt für Planfeststellung Energie - (AfPE) den Plan für das o.g. Bauvorhaben festgestellt.** Die Baumaßnahmen betreffen die Gebiete der Städte Brunsbüttel, Meldorf und Marne sowie der Gemeinden Averlak, Eddelak, Dingen, Sankt Michaelisdonn, Barlt, Busenwurth, Elpersbüttel, Nordermeldorf, Friedrichsgabekoog, Warwerort, Büsumer Deichhausen, Oesterdeichstrich, Büsum, Westerdeichstrich, Volsemenhusen, Trennewurth und Wöhrden im Kreis Dithmarschen sowie der Gemeinden Büttel, Kudensee, Landscheide und Sankt Margarethen im Kreis Steinburg.

Der Planfeststellungsbeschluss ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.

Nach § 43b Abs. 1 Nr. 3 EnWG ist der Planfeststellungsbeschluss öffentlich bekannt zu geben. Zu diesem Zweck werden der Planfeststellungsbeschluss vom 17.02.2025 und die festgestellten Planunterlagen mit der Rechtsbehelfsbelehrung

**ab dem 17.03.2025**

**auf der Internetseite des AfPE [www.schleswig-holstein.de/afpe](http://www.schleswig-holstein.de/afpe)**

unter dem Vorhabennamen (BorWin6 / BorWin6 – Abschnitt Landtrasse) für die Dauer von zwei Wochen zugänglich gemacht. Zusätzlich werden der verfügende Teil und die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses verbunden mit einem Hinweis auf die Zugänglichmachung auf der Internetseite des AfPE in den

örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet, auf das sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, verbreitet sind, bekanntgemacht. Nach Ablauf von zwei Wochen seit der Zugänglichmachung auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde gilt der Planfeststellungsbeschluss gegenüber den Betroffenen und demjenigen, der Einwendungen erhoben hat, als bekanntgegeben. Der Vorhabenträgerin ist der Planfeststellungsbeschluss zuzustellen. Betroffene oder diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, können während der Dauer der Veröffentlichung beim AfPE mittels E-Mail an [posteingang@afpe.landsh.de](mailto:posteingang@afpe.landsh.de) oder postalisch beim Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein, Amt für Planfeststellung Energie (AfPE), Mercatorstraße 3, 24106 Kiel, verlangen, dass eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt wird. Hierbei handelt es sich in der Regel um die Übersendung eines gängigen elektronischen Speichermediums, auf dem die auszulegenden Unterlagen gespeichert sind.

Durch Einsichtnahme in die Planfeststellungsunterlagen entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

## **II.**

### **Verfügender Teil des Beschlusses**

Der **verfügende Teil des Beschlusses** lautet auszugsweise: Der von der Vorhabenträgerin, TenneT Offshore GmbH (im Folgenden „Vorhabenträgerin“), vorgelegte Plan für die Errichtung und den Betrieb der 600-kV-DC Leitung vom Netzverknüpfungspunkt Umspannwerk Büttel bis zum Anlandepunkt Büsum-Neuenkoog wird gemäß § 43 EnWG i.V.m. §§ 139 ff. LVwG einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange nach Maßgabe dieses Beschlusses und seiner Inhalts- und Nebenbestimmungen festgestellt.

### **Hinweise zum verfügenden Teil:**

Es werden im Einvernehmen mit dem Kreis Dithmarschen und dem Kreis Steinburg als zuständige Wasserbehörden die wasserrechtlichen Erlaubnisse gemäß den §§ 8,

10 und 11 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zur Benutzung von Grundwasser und oberirdischen Gewässern gemäß § 9 i.V.m. §§ 27 und 47 WHG erteilt.

In dem Planfeststellungsbeschluss wurden die Einwendungen, Forderungen und Anträge der Betroffenen und der sonstigen Einwenderinnen und Einwender sowie die von Behörden und Vereinigungen abgegebenen Stellungnahmen zurückgewiesen, soweit ihnen nicht insgesamt oder teilweise stattgegeben wird oder sie sich nicht durch Rücknahme, Berücksichtigung seitens der Vorhabenträgerin oder auf andere Weise insgesamt oder teilweise erledigt haben.

Mit dem Neubau der 600-kV-DC Leitung vom Netzverknüpfungspunkt Umspannwerk Büttel bis zum Anlandepunkt Büsum-Neuenkoog sind folgende Auswirkungen verbunden:

Es ergeben sich vorübergehende und dauerhafte Grundstücksinanspruchnahmen sowie Eingriffe in Natur und Landschaft. Der Beschluss enthält Erlaubnisse zur Sondernutzung gem. §§ 8, 8a FStrG, § 21, 24, 26 StrWG SH.

Es werden umweltrechtliche Eingriffe durch die Nutzung von bereits anderweitig anerkannten Ökokonten im gleichen Naturraum kompensiert.

Der Planfeststellungsbeschluss enthält Nebenbestimmungen zum Schutz der Umwelt, der Allgemeinheit und zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte anderer. Die Nebenbestimmungen betreffen die Konkretisierung des Bauablaufs, den Schutz vor Immissionen, den Natur- und Artenschutz, den Gewässerschutz, die Deichsicherheit und den Hochwasserschutz, den Bodenschutz, den Schutz von Straßen, Wegen und Zufahrten, den Schutz von Schifffahrtswegen, den Schutz von Schienenwegen, den Schutz von Leitungen und Netzen Dritter, den Schutz von Denkmälern, das Abfallrecht, den Schutz der landwirtschaftlichen Flächen sowie sonstigen öffentlichen Belange.

Für das Vorhaben wurde gem. § 43m Abs. 1 Satz 1 EnWG von einer Prüfung des Artenschutzes nach den Vorschriften des § 44 Abs. 1 des BNatSchG abgesehen und eine Ausgleichszahlung gem. § 43m Abs. 2 EnWG festgesetzt.

Eine bodenkundliche und umweltfachliche Baubegleitung wird durchgeführt.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind in den Grunderwerbsplänen und im Grunderwerbsverzeichnis die Eigentumsverhältnisse verschlüsselt dargestellt. Die

Schlüsselnummer kann beim AfPE abgefragt werden. Bitte beachten Sie, dass eine beim AfPE angeforderte Auskunft über die Schlüsselnummer nur schriftlich an die im Schlüsselverzeichnis angegebene Adresse beantwortet wird, so dass Sie den Postlauf einrechnen müssen.

Festgestellte Baumaßnahmen:

- Errichtung und Betrieb einer 600 kV DC – Leitung per erdverlegter Hochspannungs-Gleichstromkabel und eines Lichtwellenleiterkabels auf einer Länge von ca. 45 km vom Netzverknüpfungspunkt Umspannwerk Büttel bis zum Anlandepunkt Büsum-Neuenkoog
- Unterquerung des NOK mittels zwei Bohrungen im HDD-Verfahren auf einer Länge von ca. 590 m.
- Darstellung der dauerhaften Inanspruchnahme von Eigentumsflächen für die dingliche Sicherung der Leitung vom Umspannwerk Büttel bis zum landseitigen Übergabepunkt
- Darstellung der temporären Inanspruchnahmen von Eigentumsflächen für die Baufelder sowie für die Erschließung der Baufelder
- Darstellung der Erschließung der Baufelder über das örtliche Wegenetz
- Bauzeitlicher Ausbau von klassifizierten Straßen für die Erschließung der Baustellen
- Ausweisung von Kompensationsmaßnahmen im Rahmen des landschaftspflegerischen Begleitplanes

sowie die weiteren aus dem Plan ersichtlichen Baumaßnahmen.

Die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht für das vorliegende Vorhaben gem. § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) nicht.

### III.

Die **Rechtsbehelfsbelehrung** des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.

Die Klage ist beim

Bundesverwaltungsgericht  
Simsonplatz 1  
04107 Leipzig

einzulegen.

Die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses beim Bundesverwaltungsgericht gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss Beschwerte einen hierauf gestützten Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Kiel, den 04.03.2025

Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur  
des Landes Schleswig-Holstein  
- Amt für Planfeststellung Energie -

gez. Boeck